

Presseinformation

22. März 2004

Onodi zum Welt-Wassertag

Keine Privatisierungsexperimente beim Wasser

„Wasser ist eine der wertvollsten, zugleich aber auch der bedrohtesten Ressourcen unseres Planeten. Wasser, Gesundheit und Lebensqualität sind in vielerlei Hinsicht untrennbar verbunden“, sagte Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi heute anlässlich des Welt-Wassertages. „Der Welt-Wassertag der Vereinten Nationen, der jedes Jahr am 22. März begangen wird, soll dies den Menschen verstärkt vor Augen führen. Österreich kann sich wegen seines Wasserreichtums glücklich schätzen. Dieser Reichtum des ‚weißen Goldes‘ ist aber auch eine große Verantwortung, der sorgsame und sparsame Umgang mit diesem Reichtum ist eine Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen.“

Bei der Wassergüte ist es durch einen konzentrierten Ausbau der Abwasserentsorgung und Kläranlagen in Niederösterreich gelungen, die Qualität maßgeblich zu steigern. Auch in den Ausbau des Trinkwasserversorgungsnetzes wird investiert. So beträgt das Budget des NÖ Wasserwirtschaftsfonds für das Jahr 2004 rund 43 Millionen Euro. Allein bei der letzten Sitzung des Fonds Mitte Jänner wurden Förderungen für 202 Vorhaben beschlossen.

„Der ‚Feiertag des Wassers‘ muss aber auch ganz klar dazu genutzt werden, die mancherorts verfolgten Absichten der Privatisierung der Wasserwirtschaft sowie des Ausverkaufs unserer Wasserreserven strikt zurückzuweisen“, meinte Onodi. „Die Wasserwirtschaft ist ein zentraler Bereich der Daseinsversorgung für die Menschen und damit eine klassische öffentliche Aufgabe. Eine generelle Auslieferung an den europäischen Wettbewerb und damit an gewinnorientierte Ver- und Entsorgungsmonopolisten hätte eine Zerschlagung unserer bewährten kommunalen Strukturen zur Folge. Im liberalisierten Markt würden sich private Versorger vorrangig den Ballungsräumen zuwenden, wo sich auf engem Raum viele Verbraucher erreichen lassen. Auf der Strecke bleiben die kleinen Gemeinden mit ihrer Bevölkerung, die bereits durch die Diskussion über die Schließung von Postämtern, Bezirksgerichten und Gendarmerieposten und anderen Behörden mehr als verunsichert sind“, so Onodi.